

# Kantone müssen Impftermine verschieben

Der Produktionsengpass beim Hersteller Pfizer/Biontech ist ein Rückschlag für die Kampagne in der Schweiz

ANTONIO FUMAGALLI, ERICH ASCHWANDEN, CHRISTOF FORSTER

Die Schweizer Impfstrategie gegen das Coronavirus gerät in Turbulenzen. Grund dafür sind in erster Linie Lieferengpässe, welche der Hersteller Pfizer/Biontech vergangene Woche kommuniziert hat. Um seine Kapazitäten erhöhen zu können, musste der Hersteller in einem belgischen Werk vorübergehend die Produktion drosseln. Dies hat direkte Folgen für den Impfplan in den Kantonen. In einem Schreiben, das der NZZ vorliegt, hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) den Kantonen am Montag unerfreuliche Neuigkeiten überbracht. Sie müssten damit auskommen, aufgrund der Lieferengpässe im Januar und Februar «weniger Impfstoffdosen, als in den ursprünglichen Planungen vorgesehen war», zu erhalten. Dies bedinge eine «Anpassung der Impfungsplanung». Konkret fordert das BAG die Kantone auf, die verfügbaren Kontingente von Pfizer/Biontech für die Verabreichung der zweiten Impfdosis zu nutzen – womit Termine für Erstimpfungen teilweise verschoben werden müssen.

## Auf der Suche nach Impfstoff

Gewisse Kantone haben mit den Erstimpfungen ein solches Tempo angeschlagen, dass es ihnen nun nicht oder kaum möglich sein wird, allen bereits verimpften Personen auch eine zweite Dosis zu injizieren. Sie machen sich teilweise selbst auf die Suche – der NZZ sind mindestens zwei Fälle bekannt, bei denen ein «Turbo-Kanton» einen anderen direkt um zusätzliche Dosen angefragt hat. Die schwieriger werdende Logistik beschäftigt aber auch den Bund: So schreibt das BAG, man prüfe derzeit «die spezifischen Bedürfnisse der Kantone», um für jene, denen es an Dosen für Zweitimpfungen mangle, «zeitlich solidarische Lösungen zu finden». Aus den Kantonen ist zu hören, dass sich der Bund in direkten Gesprächen noch expliziter geäussert hat.

Damit werden wohl einige Kantone ihr Impftempo zusätzlich drosseln müssen. Dies, um anderen Kantonen Dosen überlassen zu können, die gemäss Verteilungsschlüssel eigentlich ihnen selbst zustünden. Oder anders gesagt: Die vorsichtig kalkulierenden Kantone werden dafür «bestraft», dass andere ein (zu) forsches Tempo angeschlagen haben. Laurent Kurth, Neuenburger Gesundheitsvorsteher und Präsident der Konferenz



Bisher haben die Kantone im Schnitt 2,29 Dosen pro 100 Einwohner verimpft.

PETER KLAUNZER/KEYSTONE

der Westschweizer Gesundheitsminister, ist prinzipiell gegen eine Neuverteilung der Bestände. Sein Kanton, der gemäss der BAG-Statistik anteilmässig am wenigsten Dosen verimpft hat, wäre mutmasslich überdurchschnittlich betroffen. Weil die Situation sich nun aber einmal so präsentiere, werde man mitziehen und zähle darauf, dass das BAG bei einer weiteren Verteilrunde diejenigen Kantone mit zusätzlichen Kapazitäten beliebere, die nun womöglich zurückstecken müssten.

In der Innerschweiz, wo die meisten Kantone bisher überdurchschnittlich viele Impfungen durchgeführt haben, kommen die Überlegungen des BAG gar nicht gut an. «Mir ist es ein Anliegen, dass der Bund bei der Impfkampagne eine verlässliche und transparente Strategie verfolgt», erklärt der Luzerner Gesundheitsdirektor Guido Graf. Dieses Anliegen würden auch die anderen Zentralschweizer Kantone teilen.

Unmittelbar nach dem Erhalt des BAG-Schreibens hat Graf in seiner Funktion als Präsident der Zentralschweizer Gesundheitsdirektorenkon-

ferenz (ZGDK) dem Bund zurückgeschrieben. In dem Brief fordern die sechs Kantone, dass der Bund seine Impfstrategie nicht laufend ändert. «Wir finden es stossend, dass der Bundesrat in Betracht zieht, die den Kantonen bereits zugeteilten Impfdosen interkantonal umzuverteilen, nachdem wir uns an die Anweisung des BAG gehalten haben, Reserven aufzubauen, um eine komplette Impfung je Person garantieren zu können», erklärt Graf.

## Klare Aussagen verlangt

Man erwarte klare und verbindliche Aussagen, ob und allenfalls in welchem Umfang Impfdosen für die zweite Impfung oder für Lieferengpässe als Reserve gehalten werden müssten. «Ausserdem fordern wir, an der Verteilung der Impfdosen gemäss Bevölkerungszahl festzuhalten und somit die Planungssicherheit zu stärken», bekräftigt der Luzerner Gesundheitsdirektor und Präsident der ZGDK. Dazu sagte Nora Kronig vom BAG am Dienstag vor den Medien, die Impfdosen würden proportional zur Bevölkerungs-

zahl und zum Anteil der besonders Gefährdeten an die Kantone verteilt.

In verschiedenen Kantonen hat die Impfstoff-Knappheit dazu geführt, dass die ursprünglichen Pläne über den Haufen geworfen wurden. So müssen die Zuger nun auf die Bremse treten. Um sicherzustellen, dass alle bisher Geimpften eine zweite Dosis erhalten, müssen rund 450 Erstimpfungen verschoben werden. Die betroffenen Personen werden per SMS oder telefonisch informiert. «Die Zweitimpfung kann nicht beliebig nach hinten verschoben werden, ohne die Wirksamkeit zu beeinträchtigen», betont der Kantonsarzt Rudolf Hauri. «Es hat deshalb oberste Priorität, dass diese zweiten Impfdosen termingerecht verabreicht werden können.»

Ebenfalls betroffen vom Lieferengpass ist der Kanton Basel-Stadt, der zu den Turbos zählt. Mit dem vorhandenen Pfizer/Biontech-Impfstoff könne man derzeit noch alle Zweitimpfungen durchführen, erklärt Anne Tschudin vom Gesundheitsdepartement. Vorerst werden jedoch keine Personen mehr zur ersten Impfung aufgeboten. «Basel-Stadt ist

darauf angewiesen, die nächsten uns zugesicherten Pfizer-Lieferungen für die Zweitimpfungen ab 9. Februar zu erhalten», gibt Tschudin zu bedenken. Ähnlich präsentiert sich die Situation im Kanton Luzern, wie der Gesundheitsdirektor Graf erläutert: «Sofern die erwartete Lieferung von Impfstoffen tatsächlich wie geplant Anfang Februar eintrifft, sind wir nicht auf zusätzliche Impfdosen angewiesen. Ist dies allerdings nicht der Fall, müssten wir Tausende Termine für Zweitimpfungen verschieben.»

## Grundsätzlich offen für Tausch

Noch Vorräte hat Bern. Der Kanton wurde vom BAG angefragt, ob er Impfdosen von Pfizer/Biontech freigeben könne – im Tausch gegen Impfstoff von Moderna. Der Kanton lehnt das Ansinnen nicht grundsätzlich ab. Man sei am Prüfen, ob dies möglich sei, sagt Gundekar Giebel von der Gesundheitsdirektion.

Das BAG informiert nur sehr zurückhaltend darüber, wann die verzögerten Chargen von Pfizer/Biontech geliefert werden. Man gehe davon aus, dass die Schweiz bis März die vereinbarten Mengen erhalten werde – mit Schwankungen, sagte Nora Kronig vom BAG am Dienstag vor den Medien. Derzeit erhält die Schweiz wöchentliche statt zweiwöchentliche Lieferungen, aber in kleineren Mengen. Kronig rechnet damit, dass Pfizer/Biontech ab Mitte Februar die Verzögerungen aufholen wird. Vorgangene Woche noch teilte das BAG mit, bis Ende Februar werde die Schweiz 1,5 Millionen Impfdosen erhalten, davon rund 500 000 im Januar.

Laut den am Dienstag publizierten Zahlen hat der Bund 535 000 Dosen an die Kantone geliefert (Stand Sonntag). Die Kantone haben im Schnitt 2,29 Dosen pro 100 Einwohner verimpft. Zu den langsamen Kantonen gehören Bern und Thurgau. Bern erklärt, man wolle nicht schnell grosse Volumen bolzen, sondern gleichmässig impfen und die neun Impfzentren im Kanton dauernd geöffnet lassen. Demgegenüber empfiehlt die wissenschaftliche Begleitgruppe des Bundes, die gelieferten Dosen möglichst schnell zu verimpfen. «Jeder Tag, der uns näher an die Normalisierung bringt, ist wertvoll», sagte Martin Ackermann, der Präsident der Begleitgruppe, am Dienstag. Auch das BAG empfiehlt, die vorhandenen Impfstoffe rasch zu verwenden. Die Kantone würden sich eigenständig organisieren und könnten Dosen für die zweite Impfung zurückstellen.

# Die Zahlen sprechen für Massentests in Altersheimen

In Tübingen haben Alterszentren früh auf flächendeckende Screenings gesetzt – Graubünden geht einen ähnlichen Weg

JONAS HERMANN, BERLIN

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer ist wahrscheinlich der bekannteste Kommunalpolitiker Deutschlands. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise ihren berühmten Satz «Wir schaffen das» sagte, schrieb er auf Facebook: «Wir schaffen das nicht.» Palmer ist Mitglied der Grünen. Die Partei würde ihn am liebsten loswerden.

## Sammeltaxis für Senioren

Derzeit ist Palmers Ruf bei den Grünen wieder besser als auch schon. Seit Dezember wird sein Name oft im Zusammenhang mit einer Corona-Strategie genannt, die die deutschen Medien als «Tübinger Weg» bezeichnen: ein Konzept, um ältere Menschen vor dem Coronavirus zu schützen. Als «Herzstück» seiner Strategie bezeichnet Palmer das regelmässige Testen von Bewohnern, Personal und Besuchern der Tübinger Altersheime. Der Stadtrat hatte früh 250 000 Euro bereitgestellt, um bei allen Beschäftigten in der Altenpflege regelmässig PCR-Tests vorzu-

nehmen. Bereits Mitte Oktober hatte er genug Schnelltests beschafft, um alle Bewohner und Besucher wöchentlich testen zu können. Anfang November versandte die Tübinger Stadtverwaltung schliesslich FFP2-Masken an rund 15 000 Bürger im Rentenalter.

Palmer wollte Senioren zudem möglichst von Alltagssituationen fernhalten, die zur Ansteckung hätten führen können. Seit April gibt es in Tübingen ein Sammeltaxi, das für Senioren nicht teurer ist als der Stadtbus. Im Einzelhandel setzt man auf Rücksichtnahme: Die Stadt hat dazu aufgerufen, den Morgen bis 11 Uhr Senioren zum Einkaufen zu überlassen.

## Nur zwei Fälle dieses Jahr

Die Tübinger Strategie war überaus erfolgreich. «Wir hatten seit Mai keinen einzigen Ausbruch in einem Alten- oder Pflegeheim im Stadtgebiet», schrieb Palmer in einem Gastbeitrag für die «Welt», der Anfang Dezember erschien. «Wir hatten alles längst erledigt, als der Bund seine Beschlüsse fasste.»

Das gesamte Konzept war dann allerdings nicht ganz so erfolgreich, wie von

Palmer dargestellt. «Bei den über 75-Jährigen haben wir zuletzt überhaupt keine Fälle mehr gehabt», hatte er im Dezember gesagt. Laut Recherchen des «Tagesspiegels» gab es jedoch mehrere Fälle. Das System der regelmässigen Schnelltests habe sich in den meisten Fällen bewährt, sagte Palmer dazu. Aber: «Leider war das Netz nicht engmaschig genug, denn wir konnten die Tests nicht verpflichtend anordnen.»

Gescheitert ist der «Tübinger Weg» deswegen noch lange nicht: Neue Zahlen sprechen für das Konzept. Wie die NZZ vom Landratsamt des Kreises Tübingen erfuhr, gab es seit dem Jahreswechsel nur zwei Corona-Fälle in den Altersheimen der Stadt Tübingen. In beiden Einrichtungen waren Pflegekräfte betroffen, keine Bewohner. Von den über 75-jährigen Tübingern, die nicht in Heimen leben, infizierten sich seit dem Jahreswechsel 18 mit dem Virus.

Das Tübingen der Schweiz ist der Kanton Graubünden. Bereits im Dezember zog er auf eigene Kosten ein Konzept für Corona-Massentests auf. Das Pilotprojekt startete am 11. Dezember im Engadin und in den angrenzenden Südtälern.

Das Bundesamt für Gesundheit war mässig begeistert. Doch kürzlich hat es seine Meinung geändert: In bestimmten Situationen, etwa wenn es um den Schutz in Alters- und Pflegeheimen gehe, wolle der Bund die Kosten für die kantonalen Massentests künftig übernehmen.

## Interesse in anderen Kantonen

Wie schnell es geht, bis andere Kantone nachziehen, ist offen. In Baselland hält man viel von der Idee. In Luzern werden bereits Altersheimangestellte regelmässig getestet. Die Chance ist erkannt: Die SVP forderte am Dienstag regelmässiges, zielgerichtetes Testen in Heimen, Spitälern und Schulen. «Das hätte man schon längst tun müssen», sagte der Zürcher SVP-Nationalrat Alfred Heer kürzlich. Die frühere SP-Nationalrätin Bea Heim, Präsidentin des Seniorinnenrats, hatte schon früher breitflächig Tests in Heimen gefordert.

Im Kanton Graubünden ist man froh darüber, dass man sich durchgesetzt hat. Martin Bühler vom Bündner Krisenstab sagt: «Es ist offensichtlich, dass Screenings in Altersheimen Sinn ergeben.»

ANZEIGE

## Im Auftrag der Schönheit, Teil 1: am Skalpell

Frank Baumann im Gespräch mit Schönheits- und Chirurg Dr. med. Enrique Steiger



Der Sanitas Health Forecast

sanitas.com/healthforecast